

Sitzungsvorlage Nr. V/2011/0283

Zuständig: Erster Beigeordneter
Verfasser: Hans-Georg Althoff



Ahaus, 19.01.2011

Beratungsfolge

Rat	02.02.2011	TOP:	öffentlich
------------	-------------------	-------------	-------------------

Beratungsgegenstand

Gemeindefinanzierungsgesetz NRW 2011
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 18.01.2011

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt die als Tischvorlage vorgelegte Resolution zum GFG 2011

Sachdarstellung

Mit dem gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion soll die Verwaltung beauftragt werden,

1. Die Grundlagen zum Entwurf des GFG 2011 im Rat vorzustellen und die Auswirkungen für den städtischen Haushalt zu erläutern und
2. Den Bürgermeister und die Verwaltung zu beauftragen, zu überprüfen wie man sich gemeinsam mit weiteren Kommunen des Kreises Borken und auch über die Kreisgrenzen hinaus gegen den Entwurf des GFG 2011 wenden kann und welche Möglichkeiten bestehen hier noch Einfluss zu nehmen.

Zu 1:

Die erste Proberechnung zum Entwurf des GFG 2011 führt aufgrund der vom Land im GFG vorgenommenen Grunddaten Anpassungen zu erheblichen Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen gegenüber der bisherigen Finanzplanung. Die Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2011 werden im Rahmen der Erläuterungen zur Einbringung des Haushaltes unter Punkt 6 der Tagesordnung detailliert dargestellt.

Zu 2:

Die Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister und Beigeordneten im Kreis Borken hat auf ihrer Tagung am 17.01.2011 über die negativen Auswirkungen des GFG 2011 für den ländlichen Raum diskutiert und sich über das weitere Vorgehen verständigt. Einvernehmen herrschte insbesondere darüber, gemeinsam auf Münsterlandebene gegen die Änderungen im GFG vorzugehen. Dazu wurde verabredet, in den Räten entsprechende Resolutionen beschließen zu lassen und ein gemeinsames Schreiben der Konferenz der Bürgermeister an die Ministerpräsidentin, den Innenminister und die im Landtag vertretenden Fraktionen zu senden. Für den Fall, dass das GFG so beschlossen werden sollte, wird erwogen dagegen Verfassungsbeschwerde einzulegen.

Ferner soll am 24.01.2011 ein Treffen der Sprecher der Bürgermeister aus den Münsterlandkreisen stattfinden, um ein weiteres gemeinsames Vorgehen auf Ebene des gesamten Münsterlandes abzusprechen.

Die Verwaltung empfiehlt dem Rat, eine Resolution zum GFG 2011 zu beschließen. In der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister und Beigeordneten ist besprochen worden, dass ein ge-

meinsamer Resolutionsentwurf von der Stadt Borken erarbeitet wird, der bis zur Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 02.02.2011 vorliegen soll und dann als Beschlussvorschlag diskutiert werden kann.

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja

☒ Nein

Anlagen

Anlage 01: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 18.01.2011